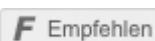


01. Oktober 2012 12:01 Uhr

KOMMUNALPOLITIK

## Aystetten dreht an der Gebührenschraube

Gemeinderat beschließt höhere Preise für Wasser und Abwasser  
*Von Jürgen Dillmann*






Aystetten In seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien hat der Gemeinderat nach kurzer Diskussion jeweils einstimmig neue Trinkwasser- und Abwasserpreise beschlossen. Steigende Unterhaltskosten der Ver- und Entsorgungsnetze sind – wie auch in anderen Gemeinden – die Ursache für die Erhöhung.

Die ab Januar 2013 gültigen Preise liegen durchaus im Rahmen. So kostet der Kubikmeter Trinkwasser künftig 1,42 statt bisher 1,30 Euro zuzüglich sieben Prozent Mehrwertsteuer. Der sogenannte Wasserherstellungsbeitrag je Quadratmeter Grundstücksfläche bleibt mit 1,50 Euro gleich, je Quadratmeter Geschossfläche steigt er von drei auf 4,46 Euro – zuzüglich 19 Prozent Steuer.

Abwasser kostet in Aystetten ab Januar netto 2,41 Euro statt 2,30 je Kubikmeter. Der Kanalherstellungsbeitrag für anzuschließende Anwesen je Quadratmeter Grund sinkt von bisher sechs auf künftig 3,56 Euro zuzüglich 19 Prozent Mehrwertsteuer; je Quadratmeter Geschossfläche steigt der Beitrag von 13 auf 13,13 Euro jeweils netto.

Ausgiebiger diskutierte der Gemeinderat unter Leitung von Bürgermeister Peter Wendel die Nutzungsänderung von Räumen (rund 250 Quadratmeter) im Haus St. Martin für die Unterbringung des Kinderhorts. Obwohl bereits im Bauausschuss ausgiebig behandelt, wurden Zweifel über den Sinn dieser Nutzung geäußert – insbesondere hinsichtlich künftig möglichen Bedarfs an Ganztagsbetreuung im Schulbetrieb.

Auch die Kosten standen erneut zur Debatte. Hier wurde mit angeblich dank Zuschüssen vergleichbarem finanziellen Aufwand für einen Neubau und die Pacht über eine Vertragslaufzeit von 25 Jahren argumentiert.

Peter Bahner, 2. Bürgermeister – ihm wurde in der Sitzung vom Gemeinderat auch zu seinem 75. Geburtstag gratuliert – empfahl in Sachen Hort den Gemeinderatsmitgliedern eindringlich, „nichts zu zerreden“, man müsse endlich „zu Potte kommen“.

Ein erfolgreicher Appell. Denn daraufhin beschlossen die Gemeinderäte einvernehmlich die beantragte Satzungsänderung zur Nutzung der kirchlichen Räume im Haus St. Martin als Hort. Des Weiteren standen noch vier Baugenehmigungen auf der Tagesordnung, von denen eine wegen Überschreitung der Bebauungsgrenze abgelehnt werden musste.